K-02-117-4 Lebenswerte Orte, lebendige Demokratie – Kommunen stärken, Zukunft sichern

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K-02

Nach Zeile 117 einfügen:
Wir setzen uns für eine Bodenpolitik ein, die sich auch am Gemeinwohl orientiert, und passen das Baurecht und die Bodenpreisberechnung entsprechend an. Wir fordern einen Bundes-Bodenfonds und unterstützen den Aufbau von kommunalen Bodenfonds. Die Städte brauchen endlich wieder ein funktionierendes kommunales Vorkaufsrecht für Wohnhäuser, das umfassend und nicht nur bei schlechtem baulichen Zustand gilt sowie zu preislimitierten Kaufpreisen, die sich am sozialen Ertrag orientieren. Wir brauchen eine große Offensive für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau bei Neubau wie Ankauf für die unteren und mittleren Einkommmensgruppen, durch eine massive Erhöhung der Fördermittel und Verlängerung der Bindungszeiten für den sozialen Wohnungsbau. Damit Wohnungen dauerhaft bezahlbar bleiben und gemeinnützige Wohnungsunternehmen sowie Genossenschaften dabei unterstützt werden, fordern wir die Neue Wohngemeinnützigkeit endlich neben Steuervergünstigungen mit Zuschüssen, insbesondere für dauerhafte Mietpreis- und Belegungsbindungen im Bestand, auszustatten.

Wir wollen es den Ländern und Kommunen mit einem angespannten Wohnungsmarkt ermöglichen, einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild einzuführen, damit Mieter*innen endlich bedarfsgerecht entlastet werden und Städte Mieter*innen besser vor Verdrängung schützen können. Der Milieuschutz muss über die Bundesebene so reformiert werden, dass er einerseits sinnvolle Maßnahmen für die energetische Sanierung, Wärmewende oder für barrierefreien Wohnraum ermöglicht, aber andererseits auch die Mieter*innen wirklich vor finanzieller Überforderung bewahrt. Es ist dringend notwendig, Mieter*innen bei Eigenbedarfskündigungen oder bei Mietschulden rechtlich zu stärken. Der Missbrauch von Eigenbedarfskündigungen muss besser sanktioniert und strafrechtlich geahndet werden.

Begründung

erfolgt mündlich, aber Kommunen und Städte brauchen auch Instrumente für den Mieter*innenschutz, sonst bleiben sie leider oftmals ohnmächtig.

weitere Antragsteller*innen

Timon Dzienus (KV Hannover); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Tilmann Schade (KV Berlin-Pankow); Martin Rümelin (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Nicol Schmidt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Johannes Feldker (KV Berlin-Reinickendorf); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg); Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.